



FACHBEREICH
GESUNDHEITSWISSENSCHAFTEN

Hochschule Fulda · Postfach 2254 · 36012 Fulda

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Gesundheit
Per E-Mail

Leipziger Straße 123
36037 Fulda

Prof. Dr. Stefan Greß
Versorgungsforschung &
Gesundheitsökonomie

stefan.gress@
gw.hs-fulda.de

Durchwahl
0661 9640-6380

Datum
24. November 2025

BETREFF:

**Schriftliche Stellungnahme zum Antrag der
Fraktion Die Linke „Keine Leistungskürzungen
in der Pflege“ (BT-Drucksache 21/2216 vom
14.10.2025)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Frau Dr. Machalet,

vielen Dank für die Gelegenheit, zum oben genannten Antrag Stellung zu nehmen. Ich halte die grundsätzliche Ausrichtung des Antrags mit dem Ziel einer umfassenden, bedarfsgerechten und zudem solidarisch finanzierten pflegerischen Versorgung für sachgerecht.

Begründung

Der bei der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung konsenterte Mix der Finanzierungsverantwortung steht aktuell auf dem Prüfstand. In der stationären Pflege verschiebt sich diese Verantwortung durch die steigenden Eigenanteile zunehmend von der Versichertengemeinschaft hin zu den Pflegebedürftigen, deren Angehörigen und damit auch zu den kommunalen Sozialhilfeträgern. Auch in der ambulanten Pflege stehen Pflegebedürftige vor der Wahl, wegen der steigenden Kosten entweder auf Pflegeleistungen zu verzichten oder notwendige Leistungen selbst zu finanzieren. In der Konsequenz geraten die Finanzierungsfunktion und damit die Legitimation der Pflegeversicherung zunehmend unter Druck. Anstelle einer gesellschaftlich notwendigen Begrenzung der Eigenanteile in der ambulanten wie der stationären Pflege

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument
in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

werden die im Antrag zitierten Maßnahmen zur Kürzung von Leistungen diskutiert.

Zur Finanzierung bisheriger Maßnahmen zur Stabilisierung des Leistungsniveaus – insbesondere der Einführung der Leistungszuschläge nach § 43c SGB XI – hat der Gesetzgeber primär auf den Anstieg der Beitragssätze in der Sozialen Pflegeversicherung gesetzt. Diese Entwicklung belastet primär Versicherte mit kleinen und mittleren Einkommen und adressiert zudem nicht die Trennung der Pflegeversicherung in zwei unterschiedliche Versichertenpools von sozial und privat Versicherten.

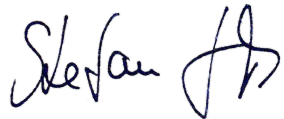
Notwendig und sachgerecht wären daher die Einführung einer Pflegebürgerversicherung, eine sukzessive Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und die Verbeitragung von Vermögenseinkommen. Ergänzend wäre ein steuerfinanzierter regelgebundener Bundeszuschuss zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben sinnvoll.¹ Die finanziellen Auswirkungen verschiedener Varianten dieser Maßnahmen sind bereits in der vergangenen Legislaturperiode durchgerechnet worden und liegen dem Deutschen Bundestag vor.² Abzulehnen sind dagegen private Zusatzversicherungen zur Finanzierung von Leistungskürzungen. Sind diese freiwillig, so erreichen sie nur einen kleinen Teil der Bevölkerung.³ Obligatorische Zusatzversicherungen sind im Vergleich zur bestehenden Sozialversicherung redundant und ineffizient.

¹ vgl. Greß, S./C. Jesberger (2025). Ökonomische Perspektive auf die Entwicklung der Langzeitpflege. In: Sozialrecht und Tarifbindung. Regulierung von Arbeitsbedingungen durch Leistungserbringungsrecht? J. Brockmann, F. Welti (Hrsg.). Frankfurt/Main, Bund-Verlag: 167-94.

² vgl. Deutscher Bundestag (2024). Bericht der Bundesregierung: Zukunftssichere Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung – Darstellung von Szenarien und Stellschrauben möglicher Reformen. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Berlin, Drucksache 20/12600 vom 19.08.2024.

³ vgl. Haun, D. (2025). "Rolle und Verbreitung von privaten Pflegezusatzversicherungen." Gesundheit und Gesellschaft Wissenschaft 25(1): 34-38.

Fulda, den 24. November 2025

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Greß', with a stylized flourish at the end.

Prof. Dr. Stefan Greß

Versorgungsforschung und Gesundheitsökonomie
Fachbereich Gesundheitswissenschaften
Hochschule Fulda